

IHKLW Politiknews

8. AUSGABE WINTER 2022



Netze der Zukunft

Grundsatzpositionen
der IHKLW
SEITE — 03

Lieferkettensorgfalts- pflichtengesetz

Auswirkungen auf KMU
SEITE — 04

Auszubildendenumfrage

Duale Ausbildung
ein Erfolgsweg
SEITE — 07

Energiekrise

Investitionsbedingungen für Energie- förderung und Infrastruktur verbessern, heimische Gasförderung und Geothermie ausbauen

Die Stimmung der Unternehmen ist so schlecht wie noch nie. Die Prognosen für das nächste Jahr lassen wenig Änderung erwarten. Der notwendige Ausbau erneuerbarer Energien und der Stromtrassen nach Süden kommt zu langsam voran. Es fehlt an Fachkräften zur Umsetzung. Die Genehmigungsprozesse sind nach wie vor schwerfällig. Notwendige Investitionen in erneuerbare Energien unterbleiben, weil die diskutierte Gewinnabschöpfung die Renditen ruiniert. Gleichzeitig treibt die EU die Entwicklung neuer bürokratischer Regelungen in bisher nicht gekanntem Tempo voran. Dadurch werden (nicht vorhandene) Fachkräfte gebunden, Prozesse weiter verlangsamt, Kosten erhöht, Gewinne reduziert, Investitionen unmöglich gemacht. Gleichzeitig entzieht die hohe Inflation den Menschen Kaufkraft und die Vorgaben zur Gebäudeeffizienz schränken deren Handlungsspielräume weiter ein. Zugleich ist die Geld- und Fiskalpolitik zu locker, um die sich beschleunigende Inflation zu begrenzen. Die Zeichen stehen damit auf Rezession. Sollte die Arbeitslosenquote auch noch steigen, werden steigende Sozialabgaben die Situation weiter verschärfen. Und trotzdem geht es munter weiter: Der Mindestlohn beginnt seine kostentreibende Wirkung zu entfalten, die LKW-Maut wird erhöht.

Schauen wir in die Welt: China und Indien wachsen so schnell, dass die dort formulierten Einsparziele nicht reichen werden, die Mehremissionen durch das Wachstum zu kompensieren. Ihr Anteil am CO₂-Ausstoß liegt bei fast 50 Prozent.

Unter dem Strich bedeutet das, dass wir das CO₂-Problem nicht in den Griff bekommen werden und unsere Wirtschaft überfordern. In einer solchen Zeit, immer neue bürokratische und strangulierende Regulierungen einzuziehen, kann nicht vernünftig sein. Man kann das natürlich fortsetzen. Man kann aber auch die Strategie ändern, um wettbewerbsfähig zu bleiben und den notwendigen Transformationsprozess finanziell abzusichern. Für diesen Prozess braucht die Wirtschaft aktuell deutlich mehr Zeit. Und sie braucht von der Politik vor allem mutige Maßnahmen, die Inflation und Energiepreissteigerungen in den Griff zu bekommen. Am besten fängt man damit an, das Angebot auszuweiten, Gasförderung vor Ort auszubauen, Geothermie intensiver zu nutzen, Atomkraftwerke weiterlaufen zu lassen und auch langfristige Gas-Kontrakte z. B. mit Norwegen zu schließen, um unnötige Engpassituationen bei der Energieversorgung und damit die Volatilität der Märkte besser begrenzen zu können. Das setzt voraus, dass man gewillt ist, in Zukunft auf einen vernünftigen Energiemix zu setzen. Und auch die Bereitschaft, das Tempo des Transformationsprozesses an das Machbare und ökonomisch Vernünftige anzupassen.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,



Andreas Kirschenmann ist seit 2019 Präsident der IHK Lüneburg-Wolfsburg (IHKLW). Für 2022 hat er turnusgemäß die Präsidentschaft der IHK Niedersachsen übernommen.

KONTAKT andreas.kirschenmann@ihklw.de

explodierende Energiepreise, Rohstoff- und Arbeitskräftemangel, dazu die Inflation und Sorgen um eine Rezession – die Wirtschaft steht vor der herausfordernden Aufgabe, eine multiple Krisensituation zu meistern. Als IHK Lüneburg-Wolfsburg (IHKLW) stehen wir dabei in engem Austausch mit den Unternehmen und Ihnen, den Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung.

Dieser enge Draht zur Politik ist für unsere Arbeit äußerst wichtig und daher möchte ich Ihnen herzlich für Ihre Offenheit und für viele konstruktive Gespräche danken, die wir in der jüngsten Zeit geführt haben.

Wir freuen uns, dass das Land Niedersachsen auch in dieser Krise den Unternehmen helfen will. Dabei wäre es aus Sicht der Wirtschaft wichtig, dass der Zugang zur Förderung leicht möglich und gut verständlich ist. Zudem sollten durch die Regularien der Förderung keine Wettbewerbsverzerrungen entstehen und bestimmte Unternehmenstypen bevorteilt oder benachteiligt werden.

So sehr wir begrüßen, dass die Bundesregierung die Empfehlungen der Expertenkommission Gas und Wärme umsetzt: Bei der Vorgabe zu Energieeinsparungen wären differenziertere Betrachtungen nötig gewesen. Natürlich kann jedes Unternehmen Heizungen in Büros und Produktionshallen herunterdrehen. In einer energieintensiven Produktion lassen sich aber nicht sofort 20 Prozent einsparen. Problematisch sind auch die zahlreichen Meldepflichten, die schon ab einem Entlastungsbetrag von 100 000 Euro greifen. Es wären höhere

Schwellenwerte angebracht, um zusätzliche bürokratische Anforderungen abzuwenden.

Das Stichwort Bürokratievermeidung bringt mich auf ein weiteres Thema: Die Clearingstelle Niedersachsen setzt sich seit 2020 sehr erfolgreich dafür ein, bürokratische Lasten abzubauen. Ich freue mich sehr, dass das Kabinett jetzt entschieden hat, die Projektförderung bis Ende 2024 fortzuführen. Wir regen an, die Clearingstelle nicht nur bei neuen Rechtssetzungsverfahren einzubinden, sondern ihr auch ein Initiativrecht zu Bürokratierleichterungen im Gesetzesbestand zu geben. So lässt sich die große Kompetenz des Beirates der Clearingstelle noch effektiver einsetzen.

Ich danke Ihnen herzlich und wünsche Ihnen eine schöne Weihnachtszeit und viel Spaß beim Lesen!

Ihr

Andreas Kirschenmann

Schon gewusst?

Für 84 Prozent

der Unternehmen sind Energie- und Rohstoffpreise laut IHKLW-Konjunkturbericht aktuell das größte Geschäftsrisiko. Zehn Prozent haben daher ihre Produktion reduziert, 58 Prozent geben Preissteigerungen an ihre Kunden weiter, mit negativer Auswirkung auf den Absatz.

IHKLW-Politiknews abonnieren



Um künftige Ausgaben automatisch zu erhalten, abonnieren Sie die IHKLW-Politiknews hier: ihk-lueneburg.de/abo

Netze der Zukunft

Die IHKLW hat ihre 2016 beschlossenen zentralen infrastruktur- und verkehrspolitischen Forderungen aktualisiert. Hier einige Auszüge:



Verkehrsinfrastruktur

- Projekte des Vordringlichen Bedarfs verzögerungsfrei realisieren
- Projekte des Weiteren Bedarfs prüfen und bedarfsgerecht hochstufen
- Autobahn GmbH, NLStBV, DB Netz AG und WSV personell und finanziell bedarfsgerecht ausstatten
- Finanzierungskreislauf Straße etablieren
- Durchgehendes 740-Meter-Schiennetz schaffen
- Deutschlandtakt und Ausweitung des Regionalverkehrs realisieren
- Engpässe bei Seehafen hinterlandbindungen reduzieren



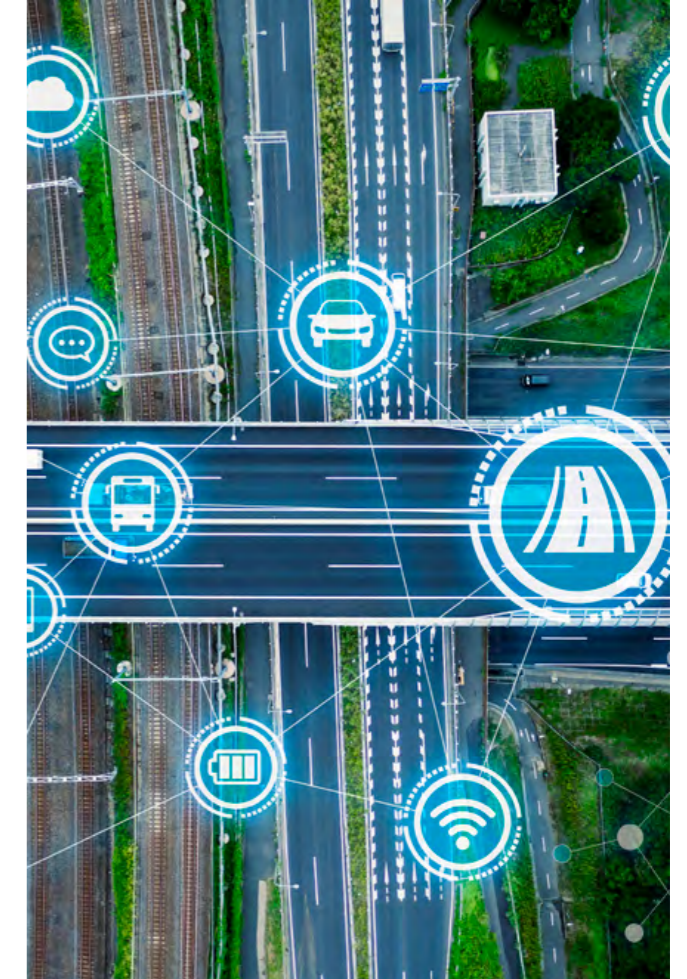
Straße

- A 39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg schnellstmöglich fertigstellen, A 39 zwischen AK Wolfsburg/Königsutter und AS Weyhausen sechsstreifig erweitern
- A 21 verzögerungsfrei fertigstellen, Planungen für den Abschnitt Schwarzenbek-Handorf über die Elbe zeitnah beginnen
- A 26 im Landkreis Stade und als Hafenquerspange zügig fertigstellen und Entlastung schaffen
- A 1 und A 7 bedarfsgerecht Höhe Hamburg und zwischen Hamburg und Hannover ausbauen
- B 3n Ortsumfahrung Celle ohne Verzögerung realisieren
- Elbbrücke Neu Darchau/Darchau fertig planen und realisieren



Digitale Infrastruktur/Breitbandausbau

- Flächendeckenden Glasfaserausbau vorantreiben und zeitnah abschließen
- Flächendeckend hochleistungsfähigen, stabilen Mobilfunk der neuesten Generation zur Verfügung stellen



Schiene

- Mehr Kapazität auf der Strecke Hamburg-Hannover schaffen, Regionalverkehr verbessern, Fernverkehrs-anbindung von Lüneburg, Uelzen und Celle sichern
- Weddeler Schleife verzögerungsfrei realisieren
- Regional bedeutsame Schienenstrecken reaktivieren und den ländlichen Raum besser anbinden
- Heidebahn durchgängig zweigleisig ausbauen und elektrifizieren
- Wendlandbahn ertüchtigen und ausbauen, Weiterführung nach Salzwedel prüfen



Wasserstraße

- Schleuse Lüneburg verzögerungsfrei weiter planen und realisieren



Luftverkehr

- Regionale Luftverkehrsplätze sichern und bedarfsgerecht ausbauen



Energieinfrastruktur

- Versorgungssicherheit und günstige Energiepreise sicherstellen
- Übertragungsnetze ausbauen, Verteilnetze stärken
- Netzausbau mit anderen Gewerke kombinieren

ihk.de



Nachgefragt

bei
Medina Gaidus

Ist eine Umsetzung zu den Stichtagen 2023 bzw. 2024 möglich und sinnvoll?

Hinsichtlich der Umsetzungszeit wären betroffene Unternehmen mit Ende ihres Geschäftsjahres zum 31.12.2022 jetzt schon spät dran, da die Berichtspflicht bis Ende April 2023 erfüllt werden muss. Grundsätzlich muss die Erfüllung der Sorgfaltspflichten unternehmensintern fortlaufend dokumentiert und die Dokumentation mindestens sieben Jahre lang aufbewahrt werden (§ 10 Abs. 1 LkSG). Der Dokumentations- und Berichtspflicht muss spätestens vier Monate nach dem Schluss des Geschäftsjahres nachkommen werden. Inhaltlich muss der Bericht Informationen zu sämtlichen Schritten der Risikoanalyse enthalten. Unternehmen müssen nachvollziehbar darlegen, welche menschenrechts- und umweltbezogenen Risiken oder Verletzungen einer solchen Pflicht sie identifizieren, welche Präventions- und Abhilfemaßnahmen sie zur Erfüllung ihrer Sorgfaltspflichten unternommen haben und die Auswirkungen und die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen bewerten (§ 10 Abs. 2 S. 2 LkSG). Die Unternehmen klagen schon lange über zu viele bürokratische Regelungen, die sie alle beachten müssen. Mit der geforderten Risikoanalyse des LkSG wird jetzt noch einmal ordentlich nachgelegt. Außerdem ist die Umsetzung oftmals auch mit Kosten verbunden, z. B., wenn der Unternehmer sich das Fachwissen einkaufen muss. Mit Blick auf die Corona-Pandemie und die Ukraine-Krise erscheint es unverhältnismäßig, dass die Unternehmen jetzt noch zusätzlich belastet werden. In diesem Hinblick wäre es sinnvoll gewesen ein Belastungs-Moratorium umzusetzen, wie es derzeit auch bei der Grundsteuer diskutiert wird. Das angekündigte Prinzip „One in, one out“ scheint nicht umgesetzt zu werden. Es sind zudem noch weitere umfassende Änderungen des LkSG mit Blick auf die Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie zu erwarten.

Medina Gaidus ist Beraterin im Bereich Standort- und Politikberatung unserer IHKLW und an der Schnittstelle von Unternehmen, Politik und Verwaltung.

KONTAKT
Medina Gaidus
Telefon: 04131 742-147
medina.gaidus@ihklw.de



„Das LkSG wird sich auch auf KMU auswirken, die Bestandteil einer Lieferkette sind.“

Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) bringt neue Pflichten und Risiken für Unternehmer

Was ist das Ziel des Gesetzes und welche Risiken birgt es?

Ziel ist es, grundlegende Menschenrechte in den Lieferketten von Unternehmen zu schützen und insbesondere das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit durchzusetzen. Auch Umweltbelange, die zu Menschenrechtsverletzungen führen oder dem Schutz der menschlichen Gesundheit dienen, sind relevant. Das Gesetz tritt am 1. Januar 2023 in Kraft für Unternehmen ab 3 000 Mitarbeitenden und gilt ab 2024 auch für Unternehmen ab 1 000 Mitarbeitenden. Das betrifft laut dem Statistischen Bundesamt zunächst etwa 480 in Deutschland ansässige Unternehmen und ab 2024 dann weitere 2 300 Unternehmen. Die IHKLW geht allerdings davon aus, dass sich das LkSG auch mittelbar auf kleinere Unternehmen auswirken wird, da die großen Unternehmen natürlich auch kleinere und mittlere Unternehmen verpflichten werden, sich an die Standards zu halten, sofern sie Bestandteil einer Lieferkette sind. Einige Unternehmen und Wirtschaftsverbände befürchten zudem, dass aufgrund der zukünftig geforderten Verpflichtungen und Haftungsrisiken, viele Unternehmen nicht mehr überleben könnten.

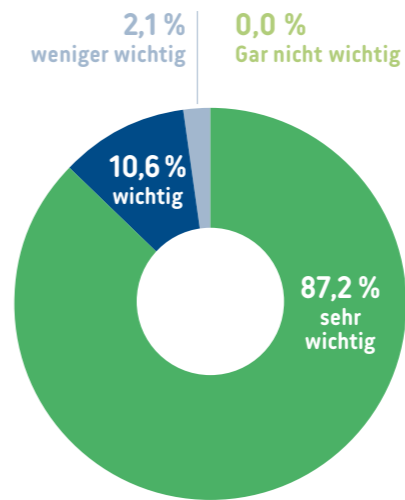
ZAHLEN UND FAKTEN

Umfrage zur Erreichbarkeit der Innenstadt Uelzen

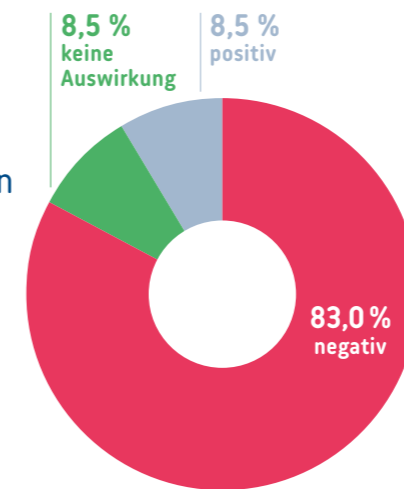
Zusammen mit dem Handelsverein für die Stadt Uelzen hat unsere IHKLW im Juni 2022 eine Blitzumfrage zur Erreichbarkeit der Innenstadt Uelzen durchgeführt. Für die befragten Unternehmen ist die Erreichbarkeit der Innenstadt auch und insbesondere mit dem MIV von zentraler Bedeutung, denn rund 94 Prozent der Kunden erreichen die Innenstadt mit dem Auto. Der Wegfall von Parkplätzen würde sich demnach für rund 83 Prozent der Befragten negativ auf den Geschäftserfolg auswirken.



Wie wichtig ist die Erreichbarkeit Ihres Standortes für Ihren Geschäftserfolg?



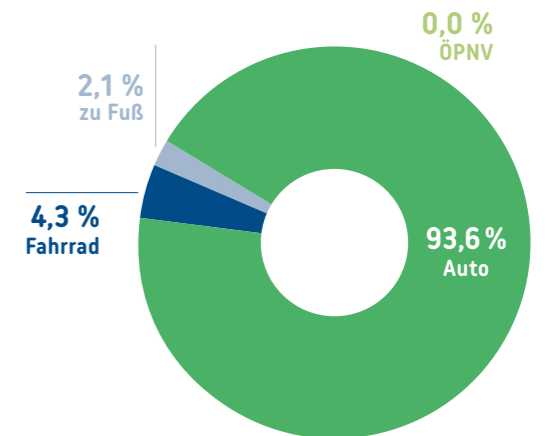
Wie würden sich spürbar weniger innenstadtnahe Parkplätze auf Ihren Geschäftserfolg auswirken?



Weitere Infos: ihklw.de

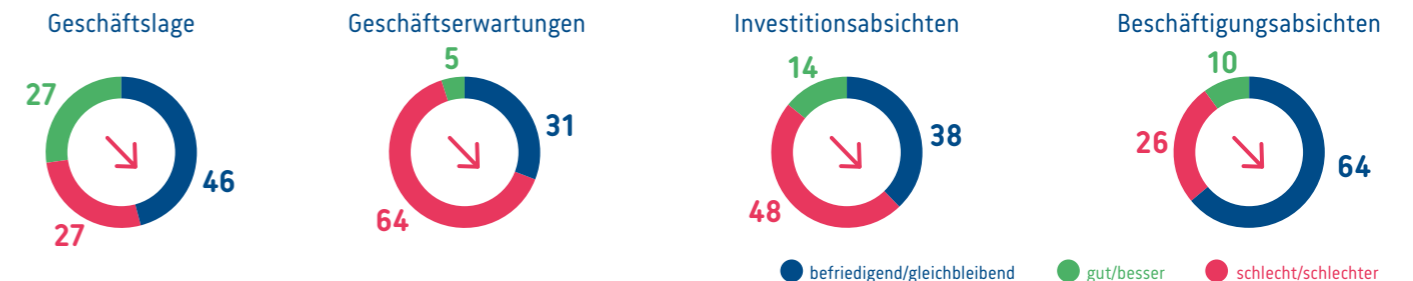


Welches Verkehrsmittel nutzen Ihre Kunden am häufigsten, um zu Ihnen zu gelangen?



Allgemeine Konjunkturlage

Der Konjunkturklimaindex hat einen Tiefstand erreicht. Die Erwartungen haben inzwischen deutlich negative Auswirkungen auf Investitions- und den Beschäftigungsabsichten.



IHKLW nimmt Stellung zum Raumordnungsverfahren zur Erweiterung des DOS

Die IHK Lüneburg-Wolfsburg steht einer möglichen Erweiterung des Designer Outlets Soltau kritisch gegenüber. Lebendige, attraktive Innenstädte und Ortskerne spielen für den Einzelhandel in Niedersachsen eine wichtige Rolle. Durch die Digitalisierung, verändertes Kundenverhalten und demografische Herausforderungen stehen unsere Städte und Gemeinden sowie der Handel mehr denn je unter Druck. Entwicklungen des Einzelhandels auf der „grünen Wiese“ sorgen für erheblichen Wettbewerb für die innerstädtischen Händler. Aus Sicht der IHKLW kann das Erweiterungsvorhaben nicht mit den Zielen der Raumordnung in Einklang gebracht werden. Die Untersuchungen aus dem Raumordnungsverfahren zeigen hiergegen erhebliche Verstöße. Es ist mit weiteren Kaufkraftabflüssen und negativen städtebaulichen Effekten zulasten der Innenstädte zu rechnen.

Unterstützung für neue Schleuse

Am 16. Juni 2022 besuchte Daniela Kluckert (FDP), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, auf Einladung der IHKLW das Schiffshebewerk in Scharnebeck am Elbe-Seitenkanal. Vor Ort stellten die Kooperationspartner für den Bau der neuen Schleuse Lüneburg in Scharnebeck die Vorteile des neuen Bauwerkes vor. Die neue Schleuse Lüneburg wird den „Flaschenhals“ im norddeutschen Wasserstraßennetz beheben und damit neueren, moderneren, sauberen und größeren Binnenschiffen den Weg vom Hamburger Hafen in die Industrieregionen Deutschlands ermöglichen. Kluckert sicherte vor Ort die Unterstützung der neuen Bundesregierung für die Schleuse zu.

www.schleuselueneburg.de



Tobias Siewert arbeitet als Berater Infrastruktur und Digitalisierungspolitik unserer IHKLW an der Schnittstelle von Unternehmen, Politik und Verwaltung.

KONTAKT
tobias.siewert@ihklw.de



Tobias Siewert neu im Vorstand der Elbe Allianz e.V.

IHKLW-Berater Tobias Siewert wurde im Rahmen der Mitgliederversammlung der Elbe Allianz e.V. am 16. Juni 2022 in Hamburg neu in den Vorstand des Vereins gewählt. Die Elbe Allianz setzt sich mit ihren rund 100 Mitgliedern für eine Stärkung der Binnenschifffahrt und der Verkehrsinfrastruktur auf der Wasserstraße im Elbstromgebiet ein. „Gemeinsam wollen wir das System Wasserstraße und die Binnenschifffahrt in Norddeutschland stärken. Für mich steht dabei eine bessere Verkehrsinfrastruktur an erster Stelle“, so Siewert.

www.elbeallianz.org

AZUBIUMFRAGE 2022

Duale Ausbildung: Ein Erfolgsweg

Für 80 Prozent der Auszubildenden in Niedersachsen ist ihre duale Ausbildung ein Erfolgsweg, den sie immer wieder beschreiten würden - Ein klares Ergebnis der IHK-Azubiumfrage 2022. An der Umfrage haben gut 1 500 Auszubildende im letzten Ausbildungsjahr in von der IHK betreuten Berufen aus Niedersachsen teilgenommen. Für die Fachkräftesicherung hat die Ausbildung einen hohen Stellenwert. Insgesamt bleibt ein großer Teil (60 Prozent) der Auszubildenden ihrem Betrieb als Fachkräfte erhalten.

Wichtigster Faktor für die Wahl der Auszubildenden ist weiterhin der Spaß am Beruf, immer wichtiger wird auch der Faktor Sicherheit. Wichtige Maßnahmen für die Berufsentscheidung sind Praktika und Online-Recherchen. Das Vermitteln der Faktoren Spaß und Sicherheit ist zukünftig die besondere Herausforderung der Berufsorientierung, sowohl vor Ort im Praktikum als auch digital über Soziale Medien.

Vor Ausbildungsbeginn haben 41 Prozent die Realschule abgeschlossen und 13 Prozent kommen direkt mit Abschluss von der Hauptschule. Auffällig ist, dass sich immer weniger Abiturienten für eine Berufsausbildung entscheiden: In diesem Jahr knapp 25 Prozent, im Jahr 2021 waren es 29 Prozent und im Jahr 2018 haben noch 31 Prozent nach dem Abitur eine Berufsausbildung begonnen. In diesem Zusammenhang gaben nicht einmal ein Zehntel der Abiturienten an, dass die Berufsorientierung in der Schule ihnen bei der Berufswahl geholfen hätte. Die wichtigsten Personen rund um die Berufswahl sind für die meisten Jugendlichen Eltern, Familie und Freunde. Für das Matching von Bewerbern und Betrieben werden in Zukunft auch die Eltern eine noch größere Rolle in der Ansprache spielen. Im Vergleich zum Vorjahr verliert die Agentur für Arbeit fünf Prozentpunkte und helfen nicht mal mehr jedem vierten bei der Suche eines Ausbildungsplatzes.



„Die wichtigsten Personen rund um die Berufswahl sind für die meisten Jugendlichen Eltern, Familie und Freunde.“

Lennart Ulrich
Berater Bildung und Fachkräfte

Die Wohnortnähe ist für mehr als die Hälfte der Azubis ein wichtiges Kriterium bei der Wahl des Ausbildungsbetriebs und kurze Fahrtwege zu den Berufsschulen werden sehr geschätzt und sollten deshalb weiterhin oberste politische Priorität haben. Die Rahmenbedingungen wie Arbeitszeit und Vergütung sind für junge Menschen eher nachrangige Kriterien, sich für einen Ausbildungsbetrieb zu entscheiden. Eine große Zufriedenheit zeigen knapp drei Viertel der Auszubildenden auch mit dem Präsenzunterricht in den Berufsschulen, dennoch sollten Infrastruktur und pädagogische Konzepte zeitgemäß und attraktiv aufgestellt sein. 28 Prozent der niedersächsischen Azubis sehen aber auch Verbesserungspotenzial in der Ausbildungsqualität und den Rahmenbedingungen.



Aus diesen Ergebnissen folgt für uns:

- **Berufliche Ausbildung weiter attraktiv gestalten**
- **Azubis sind die Fachkräfte von Morgen**
- **Berufsorientierung stärken: Matching verbessern**
- **Schulen modernisieren: Kurze Wege zu guten Schulen**

ihk.de



IHKLW im Dialog

In verschiedenen Veranstaltungs- und Dialogformaten tritt unsere IHKLW für die Interessen der regionalen Wirtschaft ein.

Dezember 2022 bis März 2023

Termine zur Energiekrise

Angebote für Unternehmerinnen und Unternehmer aus der IHK-Organisation
dihk.de

19. Januar 2023

Regionalkonferenz 2023 in Hamburg
metropolregion.hamburg.de

23. Februar 2023

Norddeutsche Tourismuskonferenz in Rostock

MEHR INFOS UND TERMINE UNTER
ihklw.de



Wir ziehen um!

Seit dem 12. Dezember finden Sie uns in Lüneburg in Volgershall 1. Weitere Informationen (Erreichbarkeit Service-Center, Veranstaltungsräume etc.) unter

ihk.de/ihklw



Impressum | Leserservice

IHKLW-POLITIKNEWS
Der Newsletter für Politik und Verwaltung
8. Ausgabe Winter 2022

ABO BESTELLEN
ihk-lueneburg.de/abo
> IHKLW-Politiknews

HERAUSGEBER
IHK Lüneburg-Wolfsburg
Am Sande 1, 21335 Lüneburg
Telefon 04131 742-0
E-Mail politiknews@ihklw.de

VERANTWORTLICH
Inhaltlich Verantwortlicher für redaktionelle Inhalte gemäß § 55 Abs. 2 RStV:
Hauptgeschäftsführer Michael Zeinert

REDAKTION
Medina Gaidus
medina.gaidus@ihklw.de
Telefon 04131 742-147
E-Mail politiknews@ihklw.de



DIE GUTE NACHRICHT

3,3 % mehr Ausbildungsverträge in der Region

Bis zum 30.11.2022 sind in der Region der IHKLW 3,3 Prozent mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen worden. Die gewerblichen Ausbildungsberufe verzeichnen ein Plus von 8,7 Prozent und die kaufmännischen Ausbildungsberufe einen Anstieg von 1 Prozent. Damit gibt es 116 Auszubildende mehr in unserer Region. Das zeigt, dass die vielen Bemühungen um die Besetzung von Plätzen erfolgreich sind und trotz Ukraine Krise und Corona-Nachwehen weiter Bedarf an Fachkräften besteht. Auch braucht es keine staatlichen Sanktionsmechanismen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen, sondern gemeinsames Handeln beim Zusammenbringen von Angebot und Nachfrage.

Fotos: © shutterstock.com

IHKLW
Politiknews



Besuchen Sie uns auch auf facebook:
facebook.com/ihklw

